

## **Satzung über das Erheben von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung)**

**vom 15.02.2011  
in der Fassung des 2. Nachtrages  
vom 07.08.2020**

### § 1

#### Kostenpflichtige Amtshandlungen

- (1) Die Gemeinde erhebt aufgrund dieser Satzung für einzelne Amtshandlungen oder sonstige Verwaltungstätigkeiten in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die sie auf Veranlassung oder überwiegend im Interesse einzelner vornimmt, Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen). Kostenpflicht besteht auch, wenn ein auf Vornahme einer Amtshandlung oder sonstigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag oder ein Widerspruch zurückgenommen, abgelehnt oder zurückgewiesen, oder die Amtshandlung zurückgenommen oder widerrufen wird.
- (2) Verwaltungskosten, die aufgrund von Gesetzen und anderer, auch gemeindlicher, Rechtsvorschriften erhoben werden, bleiben von dieser Satzung unberührt.
- (3) Für Amtshandlungen in Weisungsangelegenheiten gelten die Vorschriften des Hessischen Verwaltungskostengesetzes.

### § 2

#### Anwendung des Verwaltungskostengesetzes

Auf die nach dieser Satzung zu erhebenden Verwaltungskosten sind die folgenden Bestimmungen des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der jeweiligen Fassung entsprechend anzuwenden:

§ 2 Abs. 1 Satz 2 mit der Maßgabe, dass unter einer Verwaltungskostenordnung im Sinne dieser Vorschrift auch diese Satzung zu verstehen ist,

§ 4, soweit in dieser Satzung nichts Anderes bestimmt ist, mit der Maßgabe, dass unter einer Verwaltungskostenordnung im Sinne dieser Vorschrift auch diese Satzung zu verstehen ist,

§ 5 (Gebührenarten), § 6 (Wertgebühren, Rahmengebühren, Pauschgebühren), § 7 (Sachliche Kostenfreiheit) und § 9 (Auslagen).

§ 3  
Kostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,
1. wer die Amtshandlung oder sonstige Verwaltungstätigkeit der Gemeinde veranlasst,
  2. wer die Kosten durch eine vor der zuständigen Gemeindebehörde abgegebene oder ihr mitgeteilten Erklärung übernommen hat,
  3. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
  4. zu wessen Gunsten sie vorgenommen wird.
- (2) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner. Die Gemeinde entscheidet welcher Schuldner nach Abs. 1 herangezogen wird.

§ 4  
Kostengläubiger

Kostengläubigerin ist die Gemeinde.

§ 5  
Entstehen der Kostenschuld

- (1) Die Kostenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang bei der Gemeinde, im Übrigen mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 6  
Fälligkeit, Kostenentscheidung, Vorschusszahlung

- (1) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung, die auch mündlich ergehen kann, fällig, wenn die Gemeinde keinen späteren Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Die Kosten werden von Amts wegen festgesetzt. Die Kostenentscheidung kann zusammen mit der Sachentscheidung ergehen. Wird sie mündlich erlassen, ist sie auf Antrag schriftlich zu bestätigen. Soweit sie schriftlich ergeht oder schriftlich bestätigt wird, ist auch die Rechtsgrundlage für die Erhebung der Kosten sowie deren Berechnung anzugeben.

(3) Eine Amtshandlung oder sonstige Verwaltungstätigkeit, die auf Antrag vorzunehmen ist, kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses oder von einer angemessenen Sicherheitsleistung bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten abhängig gemacht werden.

§ 7  
Billigkeitsregelung

Die Gemeinde kann die Gebühr ermäßigen oder von der Erhebung absehen, wenn dies mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenpflichtigen oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten erscheint.

**§ 8  
Gebührentatbestände**

(1) Für folgende Amtshandlungen oder Verwaltungstätigkeiten werden folgende Gebühren erhoben:

| Nr.   | Gegenstand  | EUR                              |
|---|---|----------------------------------|
| 1   | Schriftliche Auskünfte<br>einfache schriftliche Auskünfte sind kostenfrei, soweit sie nicht aus Registern und Dateien erteilt werden  | 30 bis 600                       |
| 2   | Gewährung von Einsicht in amtliche Akten, Karteien, Bücher, Datenträger usw. für Personen, die nicht am Verfahren beteiligt sind,   | 10 bis 600                       |
| 2a  | wie Nr. 2., wenn ein Bediensteter die Einsichtnahme dauernd beaufsichtigen muss   | nach Zeitaufwand<br>siehe Abs. 2 |
| 2b  | Zuschlag zu Nr. 2 für das Versenden von Akten, auch von Bußgeldakten außerhalb eines Bußgeldverfahrens, je Sendung<br>Die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten.                                      | 12                               |
| 2c  | Zuschlag zu Nr. 2 bei weggelegten Akten, Karteien, Büchern, je Akte, Kartei, Buch usw.  | 4                                |
| 3   | Gewährung von Einsicht in amtliche Akten, Karteien, Bücher, Datenträger usw. für Personen, die am Verfahren beteiligt sind, durch Versenden, je Sendung<br>Die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten. | 12                               |
| § 1 Abs. 1 Satz 2 ist auf die Gebührennummern 1 bis 3 nicht anzuwenden. |   |                                  |
| 4   | Beglaubigung von Unterschriften   | 6                                |
| 5   | Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien usw., die die Behörde selbst hergestellt hat, je Urkunde   | 3                                |

|      |  |                                  |
|------|--|----------------------------------|
| 6    | Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien usw., in anderen Fällen, bei Urkunden, die aus 1 bis 10 Seiten bestehen für jede weitere Seite zusätzlich   | 6<br>0,60                        |
| 7    | Anfertigung von Fotokopien, je Seite DIN A 3 und kleiner<br>- die vom Kostenschuldner besonders beantragt oder<br>- die aus vom Kostenschuldner zu vertretenden Gründen notwendig wurden<br>a) DIN A 4 und kleiner je Seite schwarz/ weis<br>color<br>b) DIN A 3 je Seite schwarz/ weis<br>color | 0,25<br>0,50<br>0,50<br>1,00     |
| 8    | Anfertigung von Kopien für Vereine<br>a) DIN A 4 und kleiner je Seite schwarz/ weis<br>color<br>b) DIN A 3 je Seite schwarz/ weis<br>color   | 0,10<br>0,20<br>0,15<br>0,30     |
| 9    | Genehmigung eines Antrages auf Entscheidungen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Anschluss eines Grundstückes an die öffentliche Abwasseranlage  | 25 bis 2.500                     |
| 10   | Abnahme einer Grundstücksentwässerungsanlage, falls in der Anschlussgenehmigung die Abnahme vorgeschrieben war   | 25 bis 2.500                     |
| 11   | Genehmigung der Entscheidungen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Einleitung von Abwasser oder Kondensaten in die öffentliche Abwasseranlage   | 10 bis 1.000                     |
| 12   | Überwachung der Einleitung nichthäuslichen Abwassers in die öffentliche Abwasseranlage<br>(die Kosten der Untersuchungsstelle sind als Auslagen neben dieser Gebühr zu erheben)  | 10 bis 100                       |
| 13   | Erteilung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts, für jedes Grundstück mindestens je Grundstückskaufvertrag   | 21<br>42                         |
| 15   | Zustimmung zur Verlegung neuer und Änderung bereits vorhandener Telekommunikationslinien gem. § 68 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz   | nach Zeitaufwand<br>siehe Abs. 2 |
| 16   | Ersatzstücke für verlorene Hundesteuermarken   | 15                               |
| 17   | Aufbewahrung von Fundsachen  | 20                               |
| 18   | Sondernutzungen von öff. Sachen im Gemeingebrauch, soweit nicht bereits in anderen Gebühren enthalten  | 25 bis 500                       |
| 18 a | Plakatier Genehmigung,<br>für Veranstaltungen außerhalb von Heidenrod<br>für Veranstaltungen in Heidenrod von Heidenroder Veranstaltern die nicht gemäß dem Grundsatzbeschluss des Gemeindevorstandes vom 04.06.2002 von der Gebühr befreit sind   | 50<br><br>35                     |

|      |  |   |
|------|--|---|
| 18 b | Aufstellung von Werbe- oder Hinweisschildern bis max. 0,6 m <sup>2</sup> je Standort bei Antragstellung danach pro Jahr  | 50<br>25  |
| 18 c | Entscheidungen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis nach dem Hessischen Straßengesetz  | nach Zeitaufwand siehe Abs. 2                           |
| 19   | Für die von einer Bauherrschaft beantragte oder gewünschte Mitteilung nach § 56 64 Abs. 3 Satz 4 HBO oder nach Anlage 2 zu § 55 63 HBO, Abschnitt V 1 Satz 3   | 40  |
| 19 a | Entscheidungen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Abweichung, Ausnahmen oder Befreiungen nach § 73 Abs. 4 HBO  | 160   |
| 20   | Für die Abgabe von Formularen zuzüglich der Auslagen für die Vordrucke   | 1   |
| 21   | Benutzung eines Personenkraftwagens, je km   | 0,47  |
| 22   | Für das Erstellen einer Löschungsbewilligung für Vorkaufrechte, Grundschulden, Vorrangeinräumungserklärung (Rangrücktrittserklärung)   | 50 bis 200  |
| 23   | Bescheinigung über Erschließungskosten und sonstige Beiträge   | 50 bis 200  |
| 26   | Schriftliche Bescheinigung der Gemeindekasse über geleistete Zahlungen   | nach Zeitaufwand, mindestens 25 gem. Abs. 2             |
| 27   | Archivgebühren<br>a) Beglaubigte Abschriften aus ehemaligen Personenstandsbüchern<br>b) bei erhöhtem Aufwand<br>c) sonstige Benutzungsgebühren   | 11<br>22<br>nach Zeitaufwand, gem. Abs. 2 mindestens 25 |
| 28   | Durchführung des jagdrechtlichen Vorverfahrens nach § 36 HJagdG, die Gebühren können auch festgesetzt werden, wenn das Verfahren nicht zu Ende geführt worden ist (Auslagen, insbesondere Reisekosten und Gebühren der zum Schätzen bestellten Person, sind als Auslagen neben dieser Gebühr zu erheben) | nach Zeitaufwand gem. Abs. 2                            |
| 29   | Entscheidungen über einen Widerspruch, soweit dieser erfolglos geblieben ist<br><br>mindestens<br>höchstens  | nach Zeitaufwand gem. Abs. 2<br>25<br>2.500             |

|    |  |                                    |
|----|--|------------------------------------|
| 30 | Zurücknahme eines Widerspruchs, bevor die Amtshandlung vollständig erbracht worden ist | nach<br>Zeitaufwand<br>gem. Abs. 2 |
|    | mindestens   | 12,50                              |
|    | höchstens  | 1.250                              |

(2) Gebühren nach Zeitaufwand werden erhoben, soweit dies in dieser Satzung bestimmt ist oder wenn Wartezeiten über ¼ Stunde hinaus entstanden sind, die der Kostenschuldner zu vertreten hat.

Zu berücksichtigen ist der Zeitaufwand aller Beschäftigten, die an der Amtshandlung oder Verwaltungstätigkeit direkt oder indirekt beteiligt waren; die Tätigkeit von Hilfskräften (z.B. Fahrer, Schreibkräfte) wird nicht gesondert berechnet.

Anzusetzen sind auch der Zeitaufwand für die Vorbereitung und die Nachbereitung der eigentlichen Amtshandlung sowie etwaige Wegezeiten.

Die Gebühr nach Zeitaufwand beträgt:

|   |           |
|---|-----------|
| für Beamte des höheren Dienstes und vergleichbare Angestellte<br>je Viertelstunde                   | 19,75 EUR |
| für Beamte des gehobenen Dienstes und vergleichbare Angestellte<br>je Viertelstunde                 | 17,75 EUR |
| für alle übrigen Beschäftigten, je Viertelstunde<br>bei deren Einsatz zu den üblichen Dienstzeiten. | 14,00 EUR |

Für Tätigkeiten außerhalb der üblichen Dienstzeiten wird ein Zuschlag von 25 % auf diese Gebührensätze, mindestens jedoch 35,00 EUR erhoben.

§ 9  
Inkrafttreten

Diese Fassung Satzung ist am 14. August 2020 in Kraft getreten